

1 Der Vorstand der Jusos Tempelhof-Schöneberg hat am 10. Juni 2019 beschlossen:

2

3 **Auf dem Weg zur Linkswende: Unsere Vorschläge zum Verfahren zur Wahl eines neuen**
4 **Parteivorsitzes**

5

6 Die SPD befindet sich seit längerer Zeit in einer tiefen inhaltlichen, strukturellen und
7 personellen Krise. Der sogenannte Erneuerungsprozess, welcher sowohl nach der
8 Abgeordnetenhauswahl 2016 als auch nach der Bundestagswahl 2017 angestoßen wurde, hat
9 bei uns bisher Ernüchterung und Enttäuschung hinterlassen.

10

11 Das gerade auch in Berlin katastrophale Ergebnis für die SPD bei der Europawahl zeigt, dass
12 die Sozialdemokratie insbesondere für junge Wähler*innen kein relevanter politischer Akteur
13 mehr ist, dem diese die Lösung der drängenden Zukunftsfragen zutrauen. Dies ist umso
14 bitterer, als dass sich derzeit viele junge Menschen politisieren und einen progressiven
15 Wandel in unserer Gesellschaft einfordern. Gleichzeitig sehen wir uns in unserer Ablehnung
16 der Großen Koalition bestätigt und müssen mitanschauen, wie sich all unsere Befürchtungen
17 und Warnungen bewahrheiten.

18

19 Umso mehr hat es uns schockiert, dass die Mitglieder der Bundestagsfraktion sich nach der
20 Europawahl nicht etwa selbstkritisch mit den maßgeblich von ihnen getroffenen
21 Richtungsentscheidungen beschäftigten, sondern unter Anführung gescheiterter
22 Parteivorsitzender mit persönlichen Angriffen die Fraktions- und Parteivorsitzende
23 demontierten. Die in immer kürzerer Zeitfolge erreichten Tiefpunkte machen deutlich, dass
24 die Sozialdemokratie nicht mehr viele Chancen hat, um auch in zehn Jahren noch zu existieren.
25 Die nun anstehenden inhaltlichen, strukturellen und personellen Beschlüsse werden final
26 darüber entscheiden, ob wir als Partei nach 156 Jahren noch eine Zukunft haben. Für uns ist
27 klar, dass dies nur der Fall sein wird, wenn die SPD in kürzester Zeit deutlich jünger, deutlich
28 weiblicher, deutlich vielfältiger und deutlich linker wird. Diese Neuaufstellung kann nur
29 transparent und partizipativ erfolgen. Die inhaltliche Neuorientierung muss auch bei den
30 Personalentscheidungen im Vordergrund stehen.

31

32 Daher fordern wir:

33

- 34 • **Der Parteivorsitz soll zukünftig mit einer Doppelspitze besetzt sein.** Die Verantwortung,
35 die auf den Schultern der*des zukünftigen Parteivorsitzenden lastet, ist immens.
36 Angesichts der dringend erforderlichen inhaltlichen, organisatorischen und personellen
37 Neuorientierung auf allen Ebenen der Partei und des damit verbundenen
38 Arbeitsaufwandes erscheint es sinnvoll, die Führung der SPD zukünftig einem Duo
39 anzuvertrauen. Dies kann zusätzlich dazu dienen, die Vielfalt der Partei auch endlich an
40 deren Spitze abzubilden. Eine Doppelspitze, in welcher auch ein*e Jungsozialist*in
41 vertreten ist, wäre ein deutliches Zeichen an jüngere Wähler*innen dafür, dass die

- 1 fehlende Repräsentation von jungen Menschen in der SPD endlich der Vergangenheit
2 angehört.
- 3 • **Die Doppelspitze soll mittels eines Mitgliedervotums bestimmt werden**, wenn sich
4 – wovon wir ausgehen – mehr als zwei Kandidat*innen bewerben. Wir wollen
5 grundsätzlich am repräsentativen Delegiertensystem festhalten. Wir erwarten jedoch,
6 dass mit der nun anstehenden Personalentscheidung auch eine grundsätzliche inhaltliche
7 Richtungsentscheidung verbunden sein wird. Diese muss von der gesamten Partei
8 getroffen werden. Die künftigen Parteivorsitzenden benötigen in dieser schwierigen
9 Situation die direkte Legitimation durch die Mitgliedschaft.
 - 10 • **Die Entscheidung über die weiteren Mitglieder des Parteivorstands soll wie bisher der**
11 **Bundesparteitag treffen**. Ein Mitgliedervotum erscheint uns diesbezüglich angesichts
12 mehrerer dutzend Positionen und noch mehr Kandidat*innen nicht geeignet.
13 Insbesondere bezweifeln wir – auch aufgrund unserer Erfahrungen mit bisherigen
14 Mitgliederentscheidungen –, dass auf diese Weise ein Parteivorstand gefunden werden kann,
15 der die Vielfalt der Partei ausreichend repräsentiert.
 - 16 • Die Kandidat*innen für den Parteivorsitz sollen sich im Rahmen von Regionalkonferenzen
17 den Mitgliedern vorstellen. Die Durchführung des Mitgliedervotums und der
18 Regionalkonferenzen muss seitens des Willy-Brandt-Hauses und des bisherigen
19 Parteivorstandes **strikt neutral durchgeführt** werden. Jegliche Eingriffe zugunsten oder
20 zulasten einer Kandidatin oder eines Kandidaten müssen unterbleiben.
 - 21 • Die Teilnahme von Nichtmitgliedern am Mitgliederentscheid sehen wir kritisch.
22 Stattdessen können wir uns vorstellen, befristete Mitgliedschaften – etwa für zwei Jahre –
23 zu ermöglichen. Dies kann kurzfristig durch eine Erweiterung der Statusrechte von
24 Gastmitgliedern erfolgen.
 - 25 • Der Bundesparteitag soll auch über den Fortbestand der Großen Koalition entscheiden.
26 Hinsichtlich des Zeitpunktes – wie geplant im Dezember oder früher – besteht bei uns
27 bisher kein Konsens. Mehrheitlich sprechen wir uns für eine Beibehaltung des bisherigen
28 Termins aus.